

Prävention und Deradikalisierung

Der Verfassungsschutzbericht 2016 zeigt einen Anstieg bei der Zahl der angezeigten extremistisch motivierten Straftaten. Der islamistische Extremismus und Terrorismus bleibt die größte Gefahr.

Osterreich ist im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern bislang von islamistisch motivierten Terroranschlägen verschont geblieben. Dieser Umstand ist jedoch kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen, sondern ein Antrieb, alles zu tun, damit dies so bleibt. Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler, und der Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Mag. Peter Gridling, präsentierten den Verfassungsschutzbericht 2016 am 14. Juni 2017 in Wien.

Der Generaldirektor verwies auf die Verbindung zwischen Kriminalität und Extremismus, die vor allem im Zusammenhang mit Terrorismus mitbedacht werden müsse. Mehrere Attentäter, die in Europa Anschläge verübt hatten, hätten eine kleinkriminelle Karriere hinter sich gehabt. „Wir brauchen hier einen gesamtgesellschaftlichen Schulterschluss im Bereich Prävention. Um die bestmögliche Sicherheit gewährleisten zu können, braucht es weiterhin die Möglichkeit, mit den richtigen Maßnahmen auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können.“ Kogler nannte als mögliche Maßnahme, dass die Polizei Videoaufzeichnungen von Unternehmen und Verkehrsbetrieben anlassbezogen einsehen dürfen sollte, um rasch reagieren zu können.

BVT-Direktor Gridling strich hervor, dass der islamistische Extremismus und Terrorismus seit Jahren ein permanentes Gefährdungspotenzial für liberal-demokratischen Gesellschaften darstelle und Österreich davon nicht ausgenommen sei. „Mit Jahresende 2016 waren uns 296 Personen bekannt, die aus Österreich als Kämpfer in die Kriegsgebiete Syrien oder Irak gereist sind oder dorthin reisen wollten. 51 davon konnten an der Ausreise gehindert werden, 90 sind wieder nach Österreich zurückgekehrt und 45 sind im Krisengebiet getötet worden“, erklärte der BVT-Direktor.

Die Zahlen der Rekrutierungen und der ausreisenden Dschihad-Kämpfer sind jedoch rückläufig. Dieser Rückgang wird vor allem auf die verstärkten präventiven Maßnahmen sowie die kon-



Konrad Kogler: „Polizei muss Videoaufzeichnungen von Unternehmen einsehen dürfen.“



Peter Gridling: „Die Gefahr des islamistischen Terrorismus besteht auch für Österreich.“

sequente strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung der Verdächtigen zurückgeführt.

Rechtsextremismus. Die Sicherheitsbehörden registrierten 2016 insgesamt 1.313 rechtsextrem motivierte Straftaten – 13,6 Prozent mehr als 2015. Davon waren 718 (54,7 %) rechtsextremistisch, 356 (27,1 %) fremdenfeindlich/rassistisch, 41 (3,1 %) antisemitisch und 28 (2,1 %) islamophob motiviert. Bei 170 (13 %) Tathandlungen war eine unspezifische oder sonstige Motivlage hinsichtlich der Tатаusführung vorhanden.

Aus diesen Tathandlungen erfolgten 1.867 Anzeigen, 921 davon nach dem Strafgesetzbuch (380 Anzeigen wegen Verhetzung und 320 wegen Sachbeschädigungen) und 884 nach dem Verbotsgesetz. Die Aufklärungsquote betrug 61,3 Prozent (2015: 65,1 %).

Meldestelle. Bei der Internet-Meldestelle „NS-Wiederbetätigung“ gingen 3.124 Hinweise ein, mehr als die Hälfte der Meldungen (1.575) hatte staatschutzrelevante Sachverhalte zum Inhalt. Zurückzuführen ist der Anstieg auf mehrere Faktoren: Als Reaktion auf vermehrte Hass-Postings im Internet wurde mit 1. Jänner 2016 die Verhetzungsbestimmung des Strafrechts angepasst. Auch das Bewusstsein für rechte Straftaten ist in der Bevölkerung gestiegen. Es gibt mehrere Meldestellen, die für Meldungen in Anspruch genommen werden. Mitverantwortlich ist die öffentliche Auseinandersetzung mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik. Manche

rechtsextremen Einstellungen scheinen, sich in der Gesellschaft etabliert zu haben. Auch die Sensibilisierung durch den „Nationalen Aktionsplans Rechtsextremismus“ (NAP) zeigt Wirkung. Radikale Tendenzen werden früher erkannt und Straftaten aufgedeckt, die früher im Verborgenen geblieben wären.

Linksextremismus. Bei der Zahl der linksextrem motivierten Straftaten ist ein deutlicher Anstieg zu vermerken. Es gab 383 Tathandlungen (2015: 186) und daraus resultierend 463 Anzeigen (2015: 312 Anzeigen). Die Aufklärungsquote betrug 13,6 Prozent (2015: 20,4 Prozent). Fast die Hälfte der Tathandlungen (178, 46,5 %) standen in Zusammenhang mit dem Bundespräsidentenwahlkampf. Sie richteten sich vor allem gegen Wahlplakate, Plakatständer und sonstige Einrichtungen einer Partei.

Zentrales Protestziel der österreichischen linksextremen Szene war der „Wiener Akademiker-Ball“ (WAB) am 29. Jänner 2016. Die meisten Straftaten ereigneten sich in Wien und der Steiermark. Die linksextreme Szene ist seit Jahren durch interne Differenzen und die Spaltung in einen marxistisch/leninistisch/trotzkistischen Bereich und in ein autonom-anarchistisches Spektrum gekennzeichnet. Die gemeinsame Stoßrichtung ist die Beseitigung des bestehenden „bürgerlich-kapitalistischen Systems“.

Ausländische Nachrichtendienste. Österreich ist nach wie vor bevorzugtes Operationsgebiet für ausländische Nachrichtendienste. Die Gründe dafür liegen in der günstigen geografischen Lage des Landes, seinen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten, seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union und dem Sitz einer Reihe internationaler Organisationen.

Die Zahl diplomatischer Vertretungen und hier stationierter Nachrichtendienstoffiziere bleibt hoch. So werden zum einen bilaterale Beziehungen gefördert, zum anderen Aufklärung für andere Staaten unter Zuhilfenahme bewährter Spionagemethoden betrieben. Es wurde ein erhöhtes Interesse fremder



Laut Verfassungsschutzbericht sind die Zahlen der Rekrutierungen und der ausreisenden Dschihad-Kämpfer rückläufig.

Nachrichtendienste an ausländischen Oppositionellen sowie Oppositionsgruppen in Österreich wahrgenommen.

Um erfolgreich ausspähen zu können, legen sich Angehörige ausländischer Nachrichtendienste eine berufliche Tarnung zu. Daher ist in Österreich eine hohe Anzahl an „Legalresidenturen“ (Botschaften, Konsulate, internationale Organisationen) sowie halboffizieller Einrichtungen wie etwa Vertretungen von Fluggesellschaften zu verzeichnen.

Um Anwerbungsversuche zu unterbinden, versuchen die Staatsschutzbehörden ein höheres Bewusstsein für diese Gefahr zu schaffen. 2016 wurde die Zahl an Sensibilisierungsaktivitäten erhöht und Präventionsveranstaltungen abgehalten. Zudem kooperiert das BVT mit der Wirtschaft, den Wirtschaftsverbänden und universitären Einrichtungen und schafft eine Schlüsselkomponente im gemeinsamen Vorgehen gegen Wirtschafts- und Industriespionage.

Prävention und Deradikalisierung.

Im Lichte der Entwicklungen der letzten Jahre hat das BVT 2016 ein Referat für

Prävention eingerichtet und die Präventionsmaßnahmen ausgebaut. BVT-Direktor Gridling kündigte als Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2017 die Entwicklung eines Aussteigerprogramms an: „Wir werden einen Schritt vom individuellen zum strukturierten Aussteigerprogramm setzen. Dafür haben wir 2016 Vorarbeit geleistet, indem wir Aussteigerprogramme in Europa verglichen und analysiert, Anleihen beim Radicalisation Awareness Network der Europäischen Union genommen und Rückschlüsse auf Österreich gezogen haben.“ Neben der Arbeit am Aussteigerprogramm hat das BVT seine interministerielle Kooperation ausgebaut. Da Justizanstalten kritische Orte und potenzielle Nährböden für Radikalisierungsvorgänge sind, wurde die Zusammenarbeit

mit der Justiz intensiviert und es wurden Sensibilisierungsveranstaltungen für das Personal von Justizanstalten durchgeführt.

2016 gab es Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Präventionspartnern, etwa mit dem Verein DERAD (Initiative für sozialen Zusammenhalt und Dialog), der Deradikalisierungsmaßnahmen durch seine Expertise unterstützt. Außerdem wurden Polizei- und Präventionsbedienstete zum Thema „Radikalisierung und Rekrutierung“ geschult, um das Bewusstsein zu schärfen und derartige Tendenzen bei Personen leichter erkennen zu können.

Fachbeiträge. Aktuelle Themen und deren Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Österreichisch werden im Verfassungsschutzbericht 2016 in Fachbeiträgen behandelt. Die Beiträge befassen sich mit Krisenherden in Europa, dem Putschversuch in der Türkei, islamistisch-salafistischen Missionierungstätigkeiten, neurechten Phänomenen, staatsfeindlichen Verbindungen, Fake News, Cyber-Sicherheit und dem Schutz kritischer Infrastruktur. H. N.



Der Verfassungsschutzbericht 2016 ist downloadbar unter www.bmi.gv.at

Foto: PRAZIS/FOTOLIA